

Die verflixte Abhängigkeit

Thailands Energielücke

Thailand ist gezwungen, den größten Teil seiner Energien zu importieren, was es zu einem der anfälligsten Länder der Welt macht.

John Walsh

Durch seine geringen Vorräte an Kohlenwasserstoffen ist Thailand gezwungen, den größten Teil seiner Energien zu importieren und das macht ungefähr zwölf Prozent des BIPs aus. Doch nicht alleine die Abhängigkeit von importierter Energie, sondern auch die Empfindlichkeit gegenüber Einflüssen von außen, für welche die Abhängigkeit von Exporten und das ostasiatische Wirtschaftsmodell für Entwicklung ursächlich sind, führen dazu, dass Thailand zu einem der anfälligsten Länder der Welt im Hinblick auf die negativen Konsequenzen regionaler und globaler Rezessionen gezählt werden muss. Diese Verwundbarkeit zeigte sich vor allem während der Finanzkrise 1997 und offenbart sich auch in der jetzigen Krise: Tausende Arbeitsplätze gingen Anfang 2009 in der exportorientierten Industrie – einschließlich der Automobil- und Zulieferindustrie sowie in der Elektro- und Computerbauteilbranche – verloren.

Die netten Nachbarn

Um dieser Anfälligkeit entgegen zu wirken, förderte die thailändische Regierung von 2001-2006 – nach der massiven Wahlniederlage der rechtsstehenden Chuan Leekpai-Regierung – in erster Linie einheimische Anleger und unterstützte die regionale Entwicklung vor allem unter der ländlichen Armutsbevölkerung. Außerdem strebte sie an, die Beziehungen zu ihren Nachbarländern zu verbessern, um die Chancen auf einen Zugriff der dortigen Energiequellen zu erhöhen. In Burma und Kambodscha wurden in den letzten Jahren Öl- und Gasvorkommen gefunden, während Laos bedeutende Mengen hydroelektrischer Ressourcen anbieten kann. Die existierenden Ölreserven in Kambodscha werden auf 700 Millionen Barrel geschätzt. Falls die Produktion durch Chevron sich wie geplant entwickelt, sollen die staatlichen Einnahmen durch die Ölförderung nach Angaben des

Internationalen Währungsfonds (IWF) von 174 Millionen US-Dollar im Jahr 2011 auf 1,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 2021 ansteigen (PINR, 2007). Größere Reserven existieren möglicherweise noch in den Gewässern zwischen Kambodscha und Thailand, wo unklare maritime Grenzen existieren. Zwei grundsätzliche Faktoren erschweren es Thailand jedoch, diese Energieressourcen zu nutzen. Der erste Grund ist der steigende Einfluss Chinas in Kambodscha, der zweite sind die schwierigen Beziehungen zwischen Phnom Penh und Bangkok. Die Rolle Chinas wuchs aus pragmatischen Erwägungen, nachdem die sowjetische Unterstützung für befreundete Länder Südostasiens wegfiel. Chinesische Organisationen erhielten Zugang – vorzugsweise exklusiven Zugang – zu wichtigen Ressourcen im Ausland. Öl und Gas wurde eine besondere strategische Bedeutung beigemessen und ihre Präsenz in Südostasien bedeutete, dass nun Überlandleitungen zum Transport dieser Kohlenwasserstoffe gebaut werden konnten. Auf diese Weise konnte der Transport der Rohstoffe mit Frachtern durch die Straße von Malacca, die im Fall von großen internationalen Spannungen durch die US Navy blockiert werden könnte, vermieden werden. Die chinesische Regierung versorgte Kambodscha und insbesondere Burma mit beträchtlichen Ressourcen, um die Beziehungen zu diesen Ländern zu verbessern. Das wird durch die Anwesenheit von Tausenden chinesischen Arbeitern und mittelständischen Investoren in Laos und Burma ergänzt, wo ihre wirtschaftlichen Aktivitäten bereits einige der wichtigsten Sektoren dominieren. Der zunehmende chinesische Einfluss verstärkte die Schwierigkeiten, welche die thailändische Regierung beim Aufbau guter nachbarschaftlicher Beziehungen hatte. Tatsächlich waren die thailändisch-kambodschanischen Beziehungen jedoch noch nie besonders gut. Seit den Ereignissen in den 1970ern herrscht eine gleichbleibende Spannung zwischen den Völkern Südostasiens, die durch Fanatismus auf lokaler Ebene aufrechterhalten wird, wodurch sie sich natürlich weiter voneinander entfernen. Die antidemokratische PAD-Bewegung löste im Jahr 2008 einen bewaffneten Konflikt an der thailändisch-kambodschanischen Grenze aus. Als Vorwand für den militärischen Coup d'Etat die Frage

Der Autor ist Lehrbeauftragter für Marketing und Kommunikation an der Shinawatra Uni, Bangkok.

nach dem Eigentumsrecht am Preah Vihear Tempel. Der demokratische Premierminister Abhisit Vejjajiva setzte PAD-Führungsfigur Kasit Piromya als Außenminister ein, obwohl Piromya wiederholt die Besetzung der zwei internationalen Flughäfen unterstützte und den kambodschanischen Premierminister Hun Sen öffentlich beleidigte (Bangkok Post, 2008). In nächster Zeit ist eine Einigung der beiden Länder über die grenzübergreifenden Ressourcen und deren Förderung jedenfalls nicht absehbar.

Auch in Burma sind die Chinesen präsent

Die Beziehungen zu Burma sind ähnlich, da auch dort der chinesische Einfluss beträchtlich gestiegen ist. Brennpunkte sind Chinas angebliche Waffenlieferungen an die Junta und die Finanzierung des Hauptstadtumzugs nach Naypidaw. Durch chinesische Arbeitskraft kann die nötige Infrastruktur an Rohrleitungen realisiert werden, um die im Offshore-Bereich gefundenen Ressourcen an Kohlenwasserstoffen nach China zu befördern. Die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den thailändischen und burmesischen Generälen spielen vergleichsweise nur eine untergeordnete Rolle. Anders verhält es sich bei den hydroelektrischen Entwicklungen, da – ungeachtet der Bedenken an Menschenrechtsverletzungen bei den meisten Projekten – bereits gemeinsame Abkommen bestehen. Vergleichbar ist das Problem bei thailändischen Investitionen in Laos, vor allem bei dem Nam Theun Song Dam Projekt, welches Ende 2009, abhängig von den Entwicklern, abgeschlossen sein soll. Es ist Teil eines umfassenden Netzwerks an Projekten, von deren Erträgen 90 Prozent nach Thailand gehen sollen (Ong, 2007). Die anhaltende Wirtschaftskrise wird Einfluss auf den Fertigstellungstermin haben und gewiss auch auf die potentielle Nachfrage nach Energie. Umwelteinflüsse bedrohen die langfristige Nutzung von Wasserkraft, für Thailand hat sich durch diese Annäherung das fundamentale Problem von Energieimporten jedoch nicht gelöst, sondern ist nur hinausgeschoben worden bis Verträge unterzeichnet werden können.

Als mögliche Lösung für das Energieproblem wurden auch zwei weitere groß angelegte Herangehensweisen untersucht: Atomenergie und Biodiesel. Alternative Energiequellen wie Sonnenenergie und Wellenkraft wurden nur im kleineren Rahmen in Betracht gezogen, obwohl sich in Thailand beträchtliche Anwendungsmöglichkeiten finden würden. Nach dem Energiepolitik- und Entwicklungsplan vom November 2006 liegt das Ziel des alternativen (erneuerbaren) Energieverbrauchs für 2011 bei 3.246 Megawatt (MW) Strom, wovon 2.800 MW durch Biomasse beigesteuert werden sollen. Ein ähnliches Verhältnis ergibt sich bei der Treibstoffproduktion: Etwas mehr als drei Prozent der gesamten Energie

werden durch erneuerbare Ressourcen erbracht (BOI, 2007). Der Plan beinhaltet Anreize und Zielsetzungen zur Produktion von anderen Energieformen, aber es existiert der Verdacht, dass sie nur die wertsteigernden Projekte unterstützen, die sowieso bereits in Planung sind. Dieser Vorbehalt besteht gegenüber vielen Anreizen des *Board of Investment* (BOI), der verantwortlichen thailändische Behörde zur Veröffentlichung von Förderungsmaßnahmen.

Die Schwankungen der Rohstoffpreise im Jahr 2008 offenbarten erhebliche Probleme bei der Neuordnung von Land für die Produktion von Biomasse und die Bedeutung der subventionierten Energiepolitik, auf die Thailand immer noch vertraut. So war die Produktion alternativer Treibstoffe in gewisser Hinsicht erfolgreich, erwies sich aber bezüglich ausreichender Versorgung als unzulänglich. Qualitätsprobleme zogen möglicherweise Motorschäden nach sich und Schwierigkeiten bei der Kalkulation effektiver Preise. Ungeachtet des zukünftigen Energiepolitik- und Entwicklungsplans der demokratisch geführten Koalition in der Wirtschaftskrise ist es unwahrscheinlich, dass diese Quellen in der nahen Zukunft einen bedeutenden Beitrag zu Thailands Bedarf an Energie leisten können.

Die letzte in Betracht gezogene Energiequelle stellt die Atomkraft dar. Der durch die Junta eingesetzte Premierminister General Surayud Chulanont unterzeichnete 2007 ein Abkommen mit der *Internationalen Atomenergieorganisation* (IAEO), um in der nahen Zukunft zwei Atomreaktoren auf dem Land zu fördern (Silp, 2007). Doch um diese Projekte zu verwirklichen, müssen zahlreiche verbliebene Probleme gelöst werden, allen voran die Unwilligkeit der Gemeinden, vermeintliche Reaktoren in unmittelbarer Umgebung zu akzeptieren. Ausschlaggebend sind offensichtlich Belege zur Sicherheit und der Verschmutzung durch nukleare Energiequellen. Außerdem muss festgelegt werden, welche Länder die nötigen Technologien bereitstellen und erklären können wie mit dem Atom Müll umgegangen werden soll. In der nahen Zukunft sind die Erfolgsaussichten für die Energiesicherheit durch Atomkraft sehr gering.

Die Unsicherheiten in Thailands Energieversorgung stellen weiterhin ein ernstes Problem für die Wirtschaftsplanung und die soziale Entwicklung dar. Bis heute haben politische, institutionelle und technische Unwägbarkeiten eine Lösung dieser Probleme verhindert und weitere Fortschritte in dieser Sache erscheinen zurzeit unwahrscheinlich. Thailands Verwundbarkeit bleibt bestehen und unausweichlich leidet darunter die Schwächsten am meisten.

Übersetzung aus dem Englischen von Claudia Beierlein. Eine Fassung des Artikels mit ausführlicher Literaturangabe ist bald auf den *südostasien*-Seiten unserer Homepage unter <http://asienhaus.de/suedostasien-neu> zu finden.